

BÜCHER

Über den Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts

Rezension von: Nicholas Barr, *The Welfare State as Piggy Bank. Information, Risk, Uncertainty, and the Role of the State*, Oxford University Press, Oxford 2001, 295 Seiten, € 33,95 (gebundene Ausgabe).

„Der Wohlfahrtsstaat wird bestehen bleiben, und das aus einem einfachen Grund: Die theoretischen Argumente, die seine Existenz erklären, bleiben gültig.“ Zu diesem Schluss kommt Nicholas Barr, Professor an der London School of Economics, in seinem jüngsten Buch (S. 270). Sein Urteil stützt er auf Erkenntnisse der mikroökonomischen Informations-, Risiko- und Unsicherheitstheorien. Im Unterschied zum *Mainstream* bezieht er jedoch in seine Argumentation makroökonomische Bedingungen ein und hält staatliche Regelungen auf den Finanzmärkten für unverzichtbar, der Staat ist endogener Bestandteil von Marktwirtschaften. Die theoretische Argumentation wird schwerpunktmäßig auf die herkömmlichen sozialpolitischen Arbeitsfelder der Vorsorge bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter sowie der Organisation und Finanzierung der Aus- und Weiterbildung angewendet. Darüber hinaus werden „Probleme des 21. Jahrhunderts“ erörtert: (1) Das demografische Problem der Alterung, das sich (2) durch die Zunahme der Dauerpflegefälle akzentuiert; (3) die Folgen des technischen Fortschrittes am Beispiel von genetischer Diagnostik; (4) die Auswirkungen und Anforderungen, die sich für die postkommunistischen Länder aus dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft ergeben und (5) aus der „Globalisierung“ für die sozialstaatlichen Sicherungssysteme resultieren. Der Autor belegt seine theoretischen Argumente an Hand von zahlreichen Länderbeispielen, zu denen er als Konsulent der Weltbank leichten Zugriff hat. Er schließt seine Überlegungen jeweils mit einer Erörterung der politischen Optionen, die unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und Effizienz zur Verfügung stehen. Wie nicht anders zu erwarten, hält er nur mehr oder weniger „unvollkommene Lösungen“ für realisierbar. Jede dieser, will sie gerecht und effizient sein, wird, so Barr, wesentliche sozialstaatliche Elemente aufweisen.

Der Nachweis dafür ist dem Autor auf so vorzügliche und innovative Weise gelungen, dass diese Rezension auf ein Plädoyer für dessen Lektüre hinausläuft. Diese selbst kann je nach Interesse des Lesers unterschiedlich ausführlich ausfallen, lässt sich nach dem Erkenntnisinteresse unterschiedlich empfehlen. Theoretiker und Praktiker der Sozialpolitik werden mit Gewinn das ganze Buch lesen. Der Spezialist kann sich auf die Kapitel, die in die Problematik theoretisch einführen sowie sein jeweiliges Fachgebiet beschränken. Im Folgenden wähle ich einige der Argumente aus, die für die gegenwärtige intellektuelle und politische Auseinandersetzung besonders wichtig sind.

1. Theoretische Grundlagen

Nicholas Barr eröffnet die Partie mit der Frage, wie sich das Lebenseinkommen eines arbeitenden Normalbürgers zur Finanzierung der Konsumausgaben auf die Lebensabschnitte des Einkommenserwerbs und des Ruhestandes aufteilen lässt. Die neoklassische Standardökonomie hat dazu eine rationale Lösung, die der amerikanische Ökonom Irving Fisher (1867-1947) in einem Gleichgewichtsmodell exakt bestimmt hat. Dieses Fisher-Modell dient allgemein als theoretische Begründung dafür, dass dies am Besten durch private Vorsorge auf Märkten für Versicherungen, Vermögensanlagen und Ersparnisse geschieht. Das Fisher-Modell beruht allerdings auf strengen Voraussetzungen. Auf den Märkten muss vollkommener Wettbewerb herrschen. Die Nachfrager nach Versicherungspolizzen und Wertpapieren müssen vollkommen informiert sein, z.B. über die Qualität der Papiere. Die Anbieter müssen ebenso gut Bescheid wissen, z.B. über die Zahlungsfähigkeit der Nachfrager. Beides ist in höchst unvollkommener (asymmetrischer) Weise der Fall, auch deshalb, weil es dabei um Zukunft geht, die nicht vorhersehbar ist. Deshalb lassen sich nur Polizzen für Versicherungsleistungen anbieten, deren Prämien aufgrund von Erfahrungswerten berechnet werden können. Bei wichtigen existenziellen Problemen in der Marktwirtschaft ist das jedoch nicht möglich. So gibt es keine Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten von Arbeitslosigkeit, weshalb entsprechende Versicherungspolizzen auf dem Markt nicht angeboten werden können. Deshalb ist staatliche Sozialpolitik auch theoretisch und praktisch begründet. Denn, so Barr: „Risiko, Unsicherheit und unvollkommene Information transformieren die Grundlagen der unregulierten Marktkräfte, die automatisch zu effizienten Ergebnissen führen.“ (S.6) Anders ist es bei der Krankheitsvorsorge. In diesem Fall ist private Versicherung möglich; die Privatisierung öffentlicher Krankenkassen wird dementsprechend zur Behebung der Finanznöte derselben vorgeschlagen. Barr belegt theoretisch und empirisch, dass nicht allein asymmetrische Information und die persönliche Einschätzung und Einstellung zu Risiko („Risikoaversion“) bewirken, dass viele am Markt unversorgt bleiben. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem die Unterschiede in der Verteilung der Risiken und der Einkommen: denn die Armen, deren Krankheitsrisiko weit über dem des Durchschnittsbürgers liegt, könnten kostendeckende, geschweige denn profitable Versicherungsprämien nicht bezahlen. Analoges gilt für die private Altersvorsorge. Auch sie schließt viele aus. Eine umfassende Vorsorge ist deshalb über den Markt nicht zu erhalten. In demokratischen Gesellschaften erhält so der Staat seine Rolle, denn er kann die Finanzierung über Beiträge und Steuern nachhaltig erzwingen. Und zwar auch von jenen, die sich eine private Versicherung leisten könnten und mit ihren Beiträgen zur Pflichtversicherung sicherstellen, dass Solidarleistungen an die „schlechten Risiken“ bezahlt werden können. Gelingt die umfassende Vorsorge, dann sind damit auch Wohlfahrtsgewinne für die Gesellschaft erreicht, die in erhöhter Arbeitsproduktivität und Wertschöpfung zu Buche schlagen.

Freilich ist es dazu nicht nötig, dass der Staat die sozialpolitische Leistung jeweils selber produziert, anbietet und finanziert; es gibt die verschiedensten Formen staatlicher Regelungen. Wichtig ist dabei, dass sie effektiv umgesetzt werden.

2. Pensionen

Die sozialstaatliche Altersvorsorge, finanziert über Zwangsbeiträge, bezahlt von den arbeitenden Anspruchsberechtigten an die altersbedingt nicht mehr arbeitenden Leistungsempfänger, soll unter dem Motto „mehr privat, weniger Staat“ ergänzt bis

ersetzt werden. An die Stelle dieses „Umlageverfahrens“ soll ein System treten, in dem in den aktiven Jahren individuell Geld angesammelt wird, aus dessen Ertrag nach dem altersbedingenden Ausscheiden vertragsgemäß während der verbleibenden Lebenszeit ein Renteneinkommen fließt. Diese durch Kapitalbildung „fundierte“ Vorsorge, auch Kapitaldeckungsverfahren bezeichnet, wird von Versicherungen, Banken, Anlagefonds usw. nach Marktbedingungen angeboten. Eine solche fundierte Altersvorsorge wird, der vorherrschenden Marktideologie entsprechend, dem Umlageverfahren gegenüber als grundsätzlich überlegen erachtet. Deshalb will man durch seine Einführung auch die Finanzierungsprobleme des gegenwärtigen Umlageverfahrens endgültig hinter sich lassen. Vor allem hält man das fundierte Verfahren, also den „Markt“, für besser geeignet, das demografische Problem der Überalterung in den reichen Industrieländern zu bewältigen.

Nicholas Barr legt mit klaren Argumenten dar, dass eine prinzipielle Überlegenheit der fundierten Altersvorsorge nicht besteht. Beide Verfahren haben ein identisches Problem zu bewältigen. Es besteht darin, dass der Konsum der wachsenden Zahl der Alten ebenso wie jene der weniger werdenden Aktiven aus der laufenden Produktion von Gütern und Leistungen gleichzeitig zu bestreiten ist. Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren sind lediglich unterschiedliche Finanzierungsweisen, mit denen Ansprüche der dann nicht mehr Aktiven auf zukünftige Produktion festgelegt werden. Diese zukünftige Produktion wird von dem noch aktiven Teil der Bevölkerung erarbeitet (S. 14). Durch die Akkumulation von freiwilligen Beiträgen zu Lebensversicherung oder zu Pensionsfonds in der Vergangenheit ist die Finanzierung einer gleich bleibenden oder steigenden Versorgung mit Konsumgütern über vertraglich vereinbarte Rente ebenso wenig zu sichern wie über das staatliche Rentenversprechen, auf dem implizit die Beitragszahlungen im Umlageverfahren beruhen.

Barr veranschaulicht den Zusammenhang am Beispiel eines um die Hälfte gesunkenen Sozialprodukts, eine Entwicklung, die sich ja in manchen Ländern beobachten lässt. Wollte man den Lebensstandard der Pensionisten aufrechterhalten, müsste der Lebensstandard der Arbeitenden dementsprechend sinken. Das setzt eine drastische Erhöhung der Beiträge voraus, die auszuschließen ist. Der Rückgang des Güterangebotes führt auf jeden Fall zu Inflation. Bei fundierter Altersvorsorge müssten die Erträge dementsprechend steigen. Bei rückläufiger Wirtschaftsentwicklung ist jedoch das Gegenteil der Fall. Der Wert der Anlagen sinkt und ebenso die Ausschüttungen. Negative Folgen dieser Art treten in fundierten Systemen wegen Ertrags- und Kursrückgängen auch dann ein, wenn das Sozialprodukt gleich bleibt oder leicht steigt. (Bei Niederschrift dieses Textes im Juni 2002 lese ich in englischen Tageszeitungen Berichte über sinkende Pensionsauszahlungen im fundierten englischen Altersvorsorgesystem.) Beiträge und Steuern, die Basis des Umlageverfahrens, schwanken in aller Regel weniger als Kurse und Werte auf Vermögensmärkten (S. 122). Deshalb bietet die fundierte Altersvorsorge den um die Aufrechterhaltung des Lebensstandards besorgten Alten entgegen allen Werbeschriften und Kommissionsberichten weniger Sicherheit als die sozialstaatliche Rentenvorsorge. Von ausschlaggebender Bedeutung für beide Systeme ist das Wachstum von Produktivität und Produktion. Dies geht aus der von Barr verwendeten klassischen Formel, aus dem das Gleichgewicht einer umlagefinanzierten Altersvorsorge ersichtlich wird, hervor. Sie lautet (S. 96f):

Beitragssatz (s) mal durchschnittlicher Reallohn (w) mal Zahl der Arbeitenden (L) ist gleich durchschnittliche Realpension (P) mal Zahl der Personen (N). Oder kurz:
 $swL = PN$

Bei steigender Anzahl von Pensionisten N lässt sich der Lebensstandard auf Dauer nur aufrechterhalten, wenn die Summe der Reallöhne wL steigt, denn die Bereit-

schaft der Arbeitenden, einen ausreichend hohen Beitragssatz zu akzeptieren, der zu ihren Lasten geht, ist begrenzt. Der Überprüfung mithilfe dieser Formel muss jeder seriöse Vorschlag zur Rentenreform standhalten. Auf diese Weise lässt sich erkennen, welche Vorschläge nicht aufrechterhaltbar sind und dem Reich der Renten-Mythologie zuzuordnen sind. Zehn Mythen über die behauptete Überlegenheit des Kapitaldeckungsverfahrens gegenüber der sozialstaatlichen Altersvorsorge knüpft sich Barr vor und entkräftet theoretisch und empirisch jeden einzelnen (S. 96-126). Er kommt zum Schluss, dass Finanzierungsprobleme der öffentlichen Systeme nicht durch Privatisierung gelöst werden können. Sie erfordern vielmehr Anpassungen, zunächst bei L und w und danach bei N, und zuletzt bei P und s. Man sollte dabei nicht übersehen, dass es eine weitere Möglichkeit gibt, die öffentlichen Pensionen zu finanzieren: durch Einschränkung der anderen aus Steuern und Beiträgen alimentierten Ausgaben. Nach Barr qualifiziert sich hierfür insbesondere die öffentliche Verschuldung. Durch deren Abbau verringern sich die zukünftigen Zins- und Rückzahlungen. Allerdings sollen dabei jene Ausgaben ausgespart bleiben, die Produktivität und Wachstum fördern, z.B. Bildung, Forschung und Öffnung für das Neue und Andere, Aufgabengebiete, die kaum über Lobbys verfügen und die deshalb in den Köpfen der Akteure, deren „*mind set*“, verankert sein müssten.

Österreich treibt nach diesen Überlegungen zur Zeit in die falsche Richtung: Die Zahl der Arbeitenden ist zu gering, die Zahl der Pensionisten steigt zu rasch, und „der Produktivitätsvorsprung (wird) verspielt“.¹ Das österreichische System ist auf Dauer unhaltbar, es gehört angepasst, die Wirtschaft dynamisiert und nicht, wie begonnen von Rot-Schwarz und intensiviert durch Schwarz-Blau, privatisiert.

3. Technischer Fortschritt und Marktversorgung

Eine der größten Vorzüge von zinsgesteuerten Marktwirtschaften besteht zweifellos in deren Zwang zu technischen und organisatorischen Fortschritten. Tritt ein solches Verfahren, etwa der Motor oder die Fabriksorganisation einmal auf, dann verbreitet es sich wie eine ansteckende Krankheit. Deshalb kommt, paradoxerweise, die private Versicherungswirtschaft mit technischem Fortschritt bisweilen schlecht zurecht. Denn sie basiert auf unabhängigen Eintrittswahrscheinlichkeiten von Schadensfällen: Infektiöse Risiken kann sie nicht abdecken. Das gilt für AIDS wie für BSE und ebenso für den Fall eines bahnbrechenden, etwa gentechnischen Fortschritts, der die Lebenserwartung der Menschen deutlich verlängert.

Eine andere Bedrohung der marktwirtschaftlichen Vorsorge ist bereits heute wirksam. Die Methode der elektronischen Analyse der Gene („*genetic screening*“) ermöglicht es, den Eintritt von Erbkrankheiten genau vorherzusagen, die Eintrittswahrscheinlichkeit bewegt sich jedenfalls gegen eins. Versicherung als marktmäßige Vorsorge für den Fall des unsicheren Eintritts eines Schadens ist bei sicherem Eintritt nicht mehr möglich. Dieser Fortschritt bedeutet also, dass Menschen sich dank „*genetic screening*“, zum Beispiel als Diabetiker diagnostiziert, ihr Leben vorsorglich einrichten können. Nicht aber können sie sich, etwa zur Aufbesserung ihrer privaten Mittel, privat versichern – sie werden von der Versicherung ausgeschlossen. Schon 1974 hat Kenneth Arrow, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1971, bezogen auf Probleme dieser Art, von dem „Informations-Dilemma“ gesprochen: „Das Dilemma ist hartnäckig. Verbesserte Prognostik ist gut für den Patienten oder potenziellen Patienten ... Doch in dem System der Krankenversicherung kann das den Patienten teuer zu stehen kommen, in Form von zu hohen Prämien, Versicherungsprämien, dem Ausschluss von Versicherung und der Unmög-

lichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen.“ (Zitiert nach Barr, S. 74.) Barr erörtert die Fragen, die sich daraus ergeben und die Antworten, die vorhanden sind, wieder unter dem Gesichtspunkt von Gerechtigkeit und Effizienz (S.75-79). Erneut geht das nicht ohne Staat sowie Steuer- und Beitragszahler.

4. Probleme der post-kommunistischen Länder

In den kommunistischen Ländern gab es, auf niedrigem Lebensstandard und unter den Bedingungen einer Diktatur, keine offene Arbeitslosigkeit, keine krasse Armut und keine besonderen Probleme bei der Durchführung von sozialpolitischen Maßnahmen. Der Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft führte mit einem Schlag zu einer drastischen Veränderung der Einkommensverteilung mit wachsender Armut, einem deutlichen Rückgang der Produktion und des Volkseinkommens sowie mit dem Ende der Arbeitsplatzgarantie zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig steigt damit der Bedarf an Sozialpolitik gewaltig. Dies geschieht in einer Situation, in der es keine Rückgriffmöglichkeiten auf alte Institutionen gibt, wenn man einmal von der Familie absieht. Das gilt für gezielte Intervention im Allgemeinen und für die Arbeitslosenversicherung im Besonderen. Ähnliches gilt für die Sicherung der Altersvorsorge bei fallender Produktion. Die Problemlage wird durch Produktivitätsfortschritte verstärkt, die in vielen Fällen zunächst mit Personalabbau verbunden sind. Barr legt diese Problemlage klar dar und leitet daraus die sich ergebenden Aufgaben ab. Einkommenssicherung auf niedrigem Niveau als Armutsbekämpfung, Förderung von Produktivität und Produktion, Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte und Stärkung des Zusammenhanges zwischen Beiträgen und Ansprüchen gehören dazu. Wiederum: Das alles schafft „der“ Markt nicht ohne „den“ Staat.

5. „Globalisierung“

Die Welt änderte sich rasch. Die Einkommensverteilung wurde ungleicher. Einkommen stiegen, die Armut nahm zu. Die Familienverhältnisse änderten sich. Alte Zusammenhalte lösten sich auf, die Individualisierung nahm zu. Die Bevölkerung wurde in den reichen Ländern älter. Information und Geld zirkulierten ohne Zeitaufwand über nationalstaatliche Grenzen hinweg. „Globalisierung“ erodiere den Wohlfahrtsstaat. Der nationale Standort könne sich diesen nicht mehr leisten. Wer hört und liest solches nicht täglich? Wo bleiben die Gegenargumente? Von diesen Argumenten, vorgebracht u.a. von führenden österreichischen Ökonomen und Mitgliedern der Akademie und anderen, die die Welt „im Sauseschritt ins 19. Jahrhundert zurückkehren“ sehen, hält kaum eines der Barr'schen Analyse stand. Vor allem sind sie noch kein Argument für die Privatisierung und den Markt. Denn globale Trends betreffen alle Institutionen, auch die privaten befinden sich unter Anpassungsdruck. Nicholas Barr empfiehlt deshalb, nicht von der Krise des Wohlfahrtsstaates, sondern von dessen Problemen, nicht von dessen Überholtheit, sondern von dessen Dauerhaftigkeit zu sprechen. Seine unveränderte Aktualität veranlasst ihn zu vier Vorschlägen (S. 265-9):

- *Der Wohlfahrtsstaat kostet nicht nur, er leistet auch.* Er macht es möglich, zur besseren Bewältigung von Risiken und Unsicherheiten, den Menschen Vorsorgen anzubieten, zu denen der Markt nur unzulänglich oder gar nicht imstande ist. Der Wohlfahrtsstaat ermöglicht es erst, die Versorgung mit Konsumgütern über den gesamten Lebenszyklus zu verteilen, von der Erziehung der Kinder und den Investitionen in die Ausbildung bis zur Altersvorsorge. Angesichts von Marktversa-

gen bei diesen existenziellen sozialpolitischen Aufgaben würde es diese auch dann noch geben, wenn alle Menschen der gut verdienenden Mittelschicht angehört (S. 264). Es kommt deshalb darauf an, die Sozialausgaben problemadäquat festzulegen, nicht aber sie zu minimieren.

- *Organisation („structure“) sollte nicht mit Umfang („size“) verwechselt werden.* Was ist die beste Organisationsform für die Erfüllung einer sozialpolitischen Aufgabe? Welche sollen öffentlich finanziert, produziert, oder beides, und welche sollen überwiegend oder ganz privat erbracht werden? Der Markt ist dort überlegen, wo seine Funktionsbedingungen erfüllt sind. Bei Vorliegen von Marktversagen kann öffentliche Intervention ihm zu besseren Ergebnissen verhelfen als ohne diese. Davon zu unterscheiden ist die Festlegung des Umfangs einer Aktivität und der damit zusammenhängende Ressourcenbedarf. Welcher Umfang ist jeweils dem Problem angemessen? Dies ist unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Finanzierbarkeit zu bestimmen.
- *Interne Probleme erfordern nicht die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates.* Mit steigendem Einkommen verändert sich die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen. Mietbeihilfen, Sparförderung und dergleichen werden entbehrlich. Die politische Unterstützung wird schwächer. Von der Angebotsseite werden insbesondere die personengebundenen Betreuungsleistungen teurer. Daraus sollte allerdings nicht die Forderung nach Beseitigung des Wohlfahrtsstaats, sondern die Konzentration auf seine „Kernaufgaben“ abgeleitet werden (S. 266).
- *Globaler Problemdruck sollte nicht überschätzt werden.* Die „Globalisierung“ führe nach Ansicht mancher Vertreter der Idee des Standortwettbewerbes zu einem „Wettbewerb nach unten“; Standortsicherung erfordere niedrigere Löhne und Sozialausgaben. Dieses Argument ist gewichtig. Entgegenzuhalten ist, dass Sozialausgaben auch produktivitätsfördernd sind und dass die Welt nicht zur Gänze „globalisiert“ ist. (Die Zunahme der Einkommensungleichheit in den USA lässt sich nur zu einem Fünftel durch globalen Wettbewerbsdruck erklären (S.267).) Karge Kranken- und Altersvorsorge führten dazu, dass Firmen einspringen. Hohe Steuern werden durch hohe Personalausgaben ersetzt. „... Plafondierung öffentlicher Ausgaben könnte durch den Kopf einer Hydra multipler privater Programme mit unbegrenzten Steuerkonzessionen ersetzt werden, die Finanzierung des Gesundheitssystems in den USA ist dafür ein treffendes Beispiel.“ (S. 268) Es gibt auch andere Beispiele, die zeigen, dass Regierungen in den OECD-Ländern durchaus fähig sind, den Wohlfahrtsstaat anzupassen und dabei zwischen Organisation und Umfang zu unterscheiden imstande sind. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass aufholende, „neue Industrieländer“ mit den gleichen Problemen konfrontiert werden, wie es die vorausseilenden sind. Sie sehen sich ebenfalls zur wohlfahrtsstaatlichen Intervention genötigt. So entsteht ein „Wettbewerb nach oben“, aus dem eher eine Tendenz zu wohlfahrtsstaatlicher Konvergenz als eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert zu erwarten sei.

Nicholas Barr kommt deshalb zu dem bereits einleitend zitierten Schluss, der es wert ist, wiederholt zu werden:

„Der Wohlfahrtsstaat wird bestehen bleiben, und das aus einem einfachen Grund: Die theoretischen Argumente, die seine Existenz erklären, bleiben gültig.“ Und er setzt fort: „Der Wandel, der sich im 21. Jahrhundert anbahnt, wird die Gültigkeit des theoretischen Argumentes nicht entkräften.“ (S. 270)

Der Rezensent freut sich an dieser Stelle besonders. Er hat in dem Essay „Hat die Sozialdemokratie eine Zukunft?“, der 1980 erschienen ist, das gleiche Argument vorgebracht. Es gründet unter anderem auf risiko- und unsicherheitstheoretischen

Arbeiten,² die in dem Buch „*Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen*“ zusammengefasst wurden. Die Analysen und Vorschläge dieses Buches, die aus Forschungsaufträgen des Bundesministeriums für Finanzen hervorgegangen sind, waren seinerzeit durchaus als Anstoß und Perspektive österreichischer Gesellschaftsreform gedacht. Sie sind bekanntlich praktisch und theoretisch unbeachtet geblieben. Zwanzig Jahre später, in einer Nachfolgestudie des BM zum Thema „Der Staat und seine Funktionen: Neue Formen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben“ werden die Vorgängerstudien nicht einmal erwähnt. Die Kerngedanken des *Wohlfahrtsstaates von morgen* aus 1982 erfahren nun mit Barrs Buch eine späte Rechtfertigung. Wollte man den „Wohlfahrtsstaat von morgen“ heute neu schreiben, dann wäre das Buch von Nicholas Barr aus 2001 die ideale Realisierung einer solchen Absicht.

6. Ist Optimismus noch berechtigt?

Auch ein Buch wie jenes von Nicholas Barr, das auf der Klarheit des auf Wissen und *common sense* gründenden Gedankens ruht, lässt Fragen offen. So fragt sich der die aktuelle Diskussion um Probleme des Wohlfahrtsstaates verfolgende Zeitgenosse, warum in dem gelobten Buch das garantierte Grundeinkommen nicht vorkommt. Er vermutet, dass jemand, der Vorschläge kreislaufanalytisch testet und deshalb auf Wachstum von Produktivität, Produktion und Beschäftigung setzt, sich mit Bürgerlohn usw. schwerer tut als freie Geister, die Keynes'sche Ökonomie für überholt halten.

Barr verblüfft auch durch seinen großen Optimismus. Es scheint, als ob für ihn sich das bessere Argument automatisch durchsetzt. Denn es gibt für Barr weder Gefangenen-Dilemma mit Negativsummen-Spielen noch Teufelskreise wie Gunnar Myrdals zirkulare Verursachung mit negativen kumulativen Effekten. Politische Träger des Wohlfahrtsstaates kommen in seinen Analysen ebenso wenig vor wie Veränderungen politischer Großwetterlagen vom bipolaren Systemwettbewerb zur monopolen Weltordnung des „Washington Consensus“. Politischer Optimismus wäre berechtigt, wenn die traditionellen Verfechter des Wohlfahrtsstaates die von Barr angebotenen Ideen aufgriffen und zunächst von der politischen Kapitulation zur intellektuellen Defensive und möglichst bald zur politischen Offensive übergingen.

Egon Matzner

Anmerkungen

¹ Marterbauer (2001).

² Schönböck (1982).

Literatur

Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.), *Der Staat und seine Funktionen. Neue Formen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben* (Wien 1998).

Chaloupek, G.; Rossmann, B. (Hrsg.), *Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates* (=Reihe Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Band 2, Wien 1996).

Marterbauer, M., *Verlust des Wachstumsvorsprunges*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 27/4 (2001).

Matzner, E., *Hat die Sozialdemokratie eine Zukunft?*, in: Fischer, H. (Hrsg.), *Rote Makierungen* (Wien 1980).

Matzner, E., *Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines Musters zeitgemäßer Interventionen* (Wien, Frankfurt am Main 1982).

Schönböck, W., *Subjektives Risiko als Gegenstand staatlicher Intervention* (Frankfurt am Main 1982).